

Indiens ehrgeiziges Nuklearkonzept

von
Citha D. Maaß

1 Nuklearwaffen: Machtattribute einer internationalen Großmacht?

Jahrzehntelang hatten die westlichen Staaten, darunter auch die Europäische Union, Südasien im Allgemeinen und den indisch-pakistanischen Konflikt im Speziellen in sicherheitspolitischer Hinsicht vernachlässigt. Von dem offenbar unlösbaren Kaschmirkonflikt wollte man möglichst wenig hören. Auch hatte man verdrängt, dass China – bedingt durch das von ihm kontrollierte Himalaja-Gebiet Aksai Chin - weiterhin in den Kaschmirkonflikt involviert bleibt. Das westliche Zögern, sich mit den südasiatischen Dauerkonflikten zu befassen, kam im Wesentlichen Neu-Delhis Interessen entgegen. Indien beharrte nämlich seit langem darauf, dass sich internationale Staaten nicht in regionale Vermittlungen einmischen sollten (Prinzip einer bilateralen Regelung).

Seit Anfang der 90er Jahre begann sich das stillschweigende Arrangement jedoch kontraproduktiv auszuwirken. Verantwortlich dafür war die Diskrepanz zwischen dem intensiven Bemühen Indiens, sich nach dem Ende des Kalten Kriegs politisch neu zu orientieren, und der mangelnden Bereitschaft der westlichen Staaten, die grundlegenden Veränderungen in Indiens Gesellschaft und gleichzeitig auch in der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik angemessen wahrzunehmen. Lediglich die Wirtschaftsreformen wurden gebührend beachtet.

In Indien führte das zu einer tiefen Frustration, die parteiübergreifend von den immer rascher wechselnden Regierungen geteilt wurde. Indien fühlte sich mit seinen internationalen Ambitionen von den USA und den internationalen Führungsmächten nicht ernst genommen. Seine Ambitionen richteten sich seit langem darauf, über Südasien hinaus einen China vergleichbaren Status zu erhalten und die Rolle einer internationalen Großmacht zu spielen. Die Nukleartests im Mai 1998 ließen sich durchaus als Ventil für diese Frustration interpretieren. Bildlich gesprochen wollte Indien mit einem den Globus erschütternden Knall seinen internationalen Anspruch untermauern. Die weltweite Bestürzung über die Tests belegte, wie sehr besonders auch die westlichen Regierungen die tiefgreifenden Veränderungen in Indien ignoriert hatten. So waren warnende Hinweise kurz vor den Tests ebenso missachtet worden wie längerfristige gesellschaftliche Umstrukturierungen, die eine neue selbstbewusste Nuklearpolitik begünstigt hatten.

Von den verschiedenen Faktoren, die gemeinsam die folgenschweren Tests ermöglichten, sind zwei Entwicklungen besonders hervorzuheben. Zum einen handelt es sich um eine Ende der 80er Jahre begonnene *schleichende Hinwendung zu einer offenen Nuklearisierung*. Dieser Prozess wurde geschürt durch Indiens konfliktträchtige Auseinandersetzung mit der von den USA dominierten globalen Non-Proliferations- und Rüstungskontrollpolitik. Den entscheidenden Anstoß zu Indiens nuklearpolitischem Kurswechsel gab die Review-Konferenz des Non-Proliferationsvertrags (NPT) im Mai 1995 in New York. Indische Sicherheitsstrategen wurden völlig überrascht von der (bis zuletzt heftig umstrittenen) unbefristeten und unkonditionierten Verlängerung des NPT und kritisierten nun diese Entscheidung als einen „Freibrief“, mit dem die sog. P-5¹ (USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich) ihr Machtprivileg absicherten. Indien zog daraus die Konsequenz, dass Nuklearwaffen notwendige Machtattribute für eine globale Führungsposition seien.²

Zum anderen begünstigten die komplexen Veränderungen in Indiens Gesellschaft und Parteienlandschaft eine *allmähliche Rehabilitierung des Hindu-*

¹Mit P-5 werden in Indien regelmäßig die fünf „ständigen“ Mitglieder des Sicherheitsrats bezeichnet, die allein Vetorecht besitzen und zugleich die fünf „offiziellen“ Nuklearwaffenstaaten im Sinne des Non-Proliferationsvertrags sind.

²Bereits 1992 stellte George Tanham in einer grundlegenden Studie fest: „Indians consider specific military capabilities – e.g., nuclear weapons, long-range missiles and aircraft, a large blue-water navy, and a strong military-industrial base – symbols of great-power status, and India therefore must have them.“ Zit. aus George Tanham, *Indian Strategic Thought. An interpretative essay*, Rand Corporation R-4207-USDP 1992, S.60 (Hervorhebungen C.M.). Eine gekürzte Fassung ist erschienen in: „Indian Strategic Culture“, in: *The Washington Quarterly*, Winter 1992, Vol.15, No.1, 129-142.

nationalismus. Dessen Strategie zielte darauf ab, das nationale Selbstbewusstsein zu stärken und für Indien eine kulturell bedingte Sonderstellung im internationalen System zu reklamieren. Vor diesem Hintergrund lässt sich Indiens Vorstellung von einer Großmachtrolle spezifizieren: Angestrebt wird, dass sich im 21. Jahrhundert das globale System von einer uni- zu einer multipolaren Struktur wandelt. An der Spitze der neuen informellen Machthierarchie soll nicht mehr der enge Kreis der P-5, sondern eine erweiterte internationale „Brahmanenkaste“ stehen. Diese exklusive Führungskaste soll sich aus folgenden Mitgliedern konstituieren: USA, Europäische Union, Russland, China, Japan und Indien.

2 Selbstbewusster Hindunationalismus: Instrumentalisierung der Nuklearwaffen

Im Folgenden wird die These vertreten, dass der Entschluss, Indiens Nuklearkapazität offen zu legen, als Teil einer grundsätzlichen Strategie einzuordnen ist, die die Bharatiya Janata Party (BJP) als parteipolitischer Arm des Hindunationalismus³ seit längerem verfolgte. Die Strategie beruhte darauf, religiös-nationale Symbole für innen- und außenpolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Mit den Nukleartests setzte die BJP neue Symbole ein, die einem doppelten Anliegen dienten: die Nation in einer gemeinsamen Demonstration der eigenen Stärke zu einen und zugleich der internationalen Staatengemeinschaft Indiens Größe und Prestige zu demonstrieren. Daraus wird das Argument abgeleitet, dass sich der ideologische Charakter der „Bombe“ („going nuclear“) als „indisch-nationalistisch“ bezeichnen lässt.

Die politische Verantwortung für die Nukleartests 1998 lag eindeutig bei der BJP. Entscheidend ist jedoch, dass die BJP damit letztlich die schleichende Hinwendung zu einer offenen Nuklearisierung zu ihrem logischen Abschluss führte, die seit Ende der 80er Jahre von verschiedenen Regierungen vorbereitet worden war. Wie sich im Rückblick zeigte, wurden bereits von den vorausgegangenen Regierungschefs, beginnend 1987/88 mit Rajiv Gandhi, die Weichen gestellt, um gegebenenfalls von der bloßen Option zu demonstrativen Tests überzugehen („to exercise the nuclear option“). Dem lag die explizite Absicht zu Grunde, das weltweite Interesse auf Indiens nukleare Stärke – und damit

³Der Gesamtverband der hindunationalistischen Organisationen wird als Sangh Parivar („Sangh-Familie“) bezeichnet; die ideologischen Wurzeln reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück.

auf sein Selbstverständnis als internationale Großmacht – zu lenken. Den Sinneswandel im engsten Führungskreis Indiens lösten wachsende Zweifel aus, ob ein weiteres „Offenhalten“ der Nuklearoption mit ihrer inhärenten Ambivalenz tatsächlich noch die optimale Strategie für Indien in einem sich grundlegend verändernden internationalen System sei. Auch bestand seit langem ein breiter nationaler Konsens zu Gunsten der „Bombe“ („going nuclear“), auf den sich die BJP stützen konnte.

Den qualitativen Schritt von einer verdeckten zu einer offenen Nuklearisierung konnte die BJP vollziehen, da sie den Trend in der politischen Akzeptanz und den nationalen Konsens frühzeitig erkannte und sich zum Sprachrohr dieser Entwicklung machte. Zugleich eilte sie dieser Entwicklung voraus, indem sie unmittelbar nach der Regierungsübernahme und ohne Ausarbeitung eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts die indische Nation und die internationale Staatengemeinschaft vor ein *fait accompli* stellte.

Die Botschaft, die die BJP mit den Nukleartests innen- und außenpolitisch vermitteln wollte, umfasste folgende Elemente:

- *Innenpolitisch*: Seid stolz darauf, ein Inder (= Hindu im kulturell-religiösen Sinn) zu sein. Und seid stolz darauf, dass „Bharat Mata“ („Mutter Indien“)⁴ diese wissenschaftliche Leistung aus *eigener Kraft* vollbracht hat.

- *Innen- und außenpolitisch*: Unser Indien (Bharat) darf international nicht länger als „zweitklassige“ Nation übergangen werden. Vielmehr ist Bharat die Heimat einer jahrtausendealten Kultur. Deshalb pochen wir darauf, in den obersten Führungskreis des internationalen Systems aufgenommen zu werden, da wir erfolgreich das globale Machtmonopol der P-5 gebrochen haben.

- *An das globale Machtkartell der P-5 gerichtet*: Ihr, die P-5 (insbesondere die USA und China), könnt euch nicht länger Indiens berechtigtem Anspruch auf Aufnahme in den globalen Führungskreis verweigern.

Dass diese Botschaft in der indischen Gesellschaft auf breite Resonanz stieß und den patriotischen Widerstand gegen Wirtschaftssanktionen und internationale Isolation verstärkte, liegt daran, dass sich der Hindunationalismus nicht auf einen rein *religiösen* Fundamentalismus hinduistischer Spielart reduzieren lässt. Vielmehr verknüpft die hindunationalistische Ideologie auf ihre Weise mythologisch überhöhte religiöse Symbole, idealisierte historisch-kulturelle Werte und eine utopische Vision der indischen Nation und des indischen Staates miteinander.

Indiens Anspruch auf eine internationale Sonderrolle stützt sich gemäß der hindunationalistischen Ideologie darauf, dass die Indische Union (Bha-

⁴Laut indischer Verfassung ist Bharat der offizielle Name Indiens.

rat) nicht bloß als ein gewöhnlicher Nationalstaat unter knapp 200 anderen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, sondern als eine einzigartige „Kulturnation“ mit einer mehr als dreitausendjährigen Kultur gesehen wird. Als ebenbürtig wird lediglich die ebenfalls jahrtausendealte chinesische Kultur betrachtet, woraus Indien seinen Anspruch auf einen China vergleichbaren internationalen Status ableitet („Brahmanenstatus“). Es muss betont werden, dass die BJP mit dieser Forderung ein tiefsitzendes nationales Selbstverständnis bzw. Verletztsein in Bezug auf Indiens „minderwertigen = niedrigkastigen“ internationalen Status artikuliert. Beides wird von weiten Teilen der Gesellschaft geteilt.

Zentrale Prämisse der hindunationalistischen Ideologie ist die Verbindung von Nation und einem spezifischen Wertesystem, das in dem Begriff „Hindutva“ („Hindutum“) zusammengefasst wird. Ziel der Hindutva-Ideologie ist es, eine „starke Hindunation zu errichten, die auf der Gemeinsamkeit von Abstammung, Territorium und Kultur“ beruht.⁵ Diese visionäre Hindunation wird als „Hindu Rashtra“ bezeichnet, d.h. die Nation soll hinduisiert und der Hinduismus soll nationalisiert werden.⁶

In sicherheitspolitischer Hinsicht soll die Hindutva-Ideologie zwei Funktionen erfüllen. Um die *innere Einheit* Indiens (verstanden als „Hindunation“) zu fördern, suchen die Hindunationalisten das historische Trauma der inneren Zerrissenheit und Schwäche durch das ideologische Konstrukt einer „Kulturnation“ zu überwinden und im Namen nationaler Geschlossenheit zu agitieren. - Um Indiens *regionale Vormacht* in Südasien zu legitimieren, definieren sie das gesamte Gebiet vom Himalaja bis zu den Küstengewässern des Indischen Ozeans und vom Indus bis Myanmar/Birma als einen geschlossenen „Kulturraum“. Da er durch die „indische Kultur“ (englisch: Indian civilization) geprägt sei, markiere er zugleich den Herrschaftsraum der regionalen Vormacht Indien.

Damit übernahmen die Hindunationalisten grundsätzliche Anliegen, die schon das sicherheitspolitische Verständnis von Jawaharlal Nehru und seinen

⁵Zit. aus Clemens Jürgenmeyer, „Die indische Union als Hindunation? Der Hindunationalismus als Faktor indischer Politik“, in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Indien 1998. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg 1998, S.81.

⁶Die Quintessenz der Hindutva-Ideologie lautet: „Es ist die Gemeinsamkeit des bewohnten Landes (*rashtra*), der Abstammung (*jati*) und der Kultur (*sanskriti*), die das Indertum kennzeichnen und die Hindus in einer Nation zusammenfinden lassen. In dieser Definition werden Muslime und Christen ausgeschlossen, da diese zwar Indien als ihr Vaterland, nicht aber als ihr heiliges Land, als Land, in dem man religiöses Verdienst erwirbt [...], betrachten. So wird die Nation hinduisiert und der Hinduismus nationalisiert.“ Zit. aus: Jürgenmeyer, „Die indische Union als Hindunation?“, S.71.

Nachfolgern geprägt hatten. Der Unterschied bestand jedoch in der Taktik der Hindunationalisten, denn sie griffen weit verbreitete, aber diffus gebliebene Vorstellungen auf und überhöhten sie ideologisch. Dabei konnten sie sich den allmählichen gesellschaftlichen Wandel zu Nutze machen.

Das durch Nehru geprägte Indien stand noch stark im britisch-kolonialen Verständnis von Staat, Recht und Herrschaftslegitimation. Innenpolitisch wirkte sich das im Verfassungsprinzip des Säkularismus⁷ aus. Durch die wahltaktischen Mobilisierungskampagnen der Congress-Regierungen unter Indira Gandhi und verstärkt unter Rajiv Gandhi seit Mitte der 80er Jahre wurde das Prinzip allmählich aufgeweicht. Der schleichende Prozess einer „Kommunalisierung“⁸ verwischte die ideologische Grenze zwischen Congress und BJP immer mehr⁹ und führte dazu, dass das ideologische Lager der Hindunationalisten langsam rehabilitiert wurde.

Von diesem Prozess profitierte die BJP. Dagegen drohte ein anderer Aspekt des gesellschaftlichen Wandels den Aufstieg der BJP zu erschweren. So erwies sich die in den 90er Jahren wachsende politisch-wirtschaftliche Machtkonkurrenz zwischen niedrigen und hohen Kasten und der erstarkende Regionalismus im politischen System als Hindernis für die BJP, ihre Anhängerschaft auf den nationalen Rahmen und möglichst auf Hindus aller Kasten auszuweiten. Um die innenpolitische Polarisierung zu überwinden, suchte die BJP die Einheit der Nation durch die Gleichsetzung von Hindunation und Indien (Bharat) heraufzubeschwören. In ihrem Wahlmanifest 1998 brachte die BJP die zentralen Begriffe der Hindutva-Ideologie auf die griffige Formel: „one nation, one people, one culture“. Von diesen nationalen Grundwerten wurden auch Gesellschaftsgruppen außerhalb des engeren BJP-Wählerkreises angesprochen.

Dem gleichen Ziel diene die Instrumentalisierung neuer außenpolitischer Symbole wie beispielsweise der Nukleartests. Das wird offensichtlich, wenn man den ideologischen Charakter der „Bombe“ („going nuclear“) untersucht.

Nach den Nukleartests wurde in den westlichen Medien entweder von einer „indischen Bombe“ („Indian bomb“) oder einer „hinduistischen Bombe“ („Hindu bomb“) gesprochen. Die Bezeichnung „Indian bomb“ spielte allgemein auf die offene Nuklearisierung der Indischen Union an. Dagegen wies der Begriff „Hindu bomb“ explizit auf die politische Urheberschaft der BJP

⁷Nach indischem Verständnis bedeutet Säkularismus die Neutralität des Staates gegenüber den Religionsgemeinschaften (communities).

⁸Zum Begriff „Kommunalismus“ vgl. Jürgenmeyer, „Die indische Union als Hindunation?“, S.72.

⁹Vgl. Partha S. Ghosh, *BJP and the Evolution of Hindu Nationalism. From Periphery to Centre*, New Delhi 1999, Chapt. III, S.82ff.

hin und kontrastierte das neue Machtattribut mit der von Pakistan gezündeten sog. „Islamic bomb“. Jedoch traf das Etikett „Islamic bomb“ genauso wenig den ideologischen Charakter der pakistanischen Nuklearisierung, wie es die Etikette „Indian bomb“ oder „Hindu bomb“ im indischen Falle taten, da sie den entscheidenden *nationalistischen* Symbolwert verkannten. Der ideologische Charakter der indischen Nuklearisierung lässt sich entschlüsseln, wenn man die Begriffe „Bharat“ und „India“ in den politisch-agitatorischen Sprachgebrauch der BJP einordnet.

Mit dem Rückgriff auf Bharat bzw. Bharat Mata will die BJP an die klassischen Wurzeln der Hindunation anknüpfen. Der Begriff „Bharat“¹⁰ soll danach das Authochtöne, die ursprüngliche Kultur, symbolisieren. Dagegen steht im politischen Sprachgebrauch der Hindunationalisten „India“ für das von außen in die indische Kultur Hineingebrachte. Insbesondere wird dies mit der Eroberung durch die britische Kolonialmacht assoziiert. In dem weit zurückreichenden nationalen Gedächtnis der Inder ist es dann nur noch ein kleiner Schritt zu den vorausgegangenen islamischen Eroberungswellen seit dem 8. Jahrhundert. Deshalb hat die „goldene Zeit“ nach hindunationalistischem Verständnis *vor* dieser Zeit gelegen und soll nun durch die Wiedererrichtung der alten Hindukultur (u.a. durch den Bau des Ram-Tempels in Ayodhya, der angeblichen Geburtsstätte des Gottes) in einem zukünftigen Hindu Rashtra wieder hergestellt werden.

Aus hindunationalistischer Sicht muss das Etikett „Indian bomb“ abgelehnt werden, denn die „Bombe“ symbolisiert Indiens (Bharat) ureigene Fähigkeiten und dessen wiedererweckte klassische Größe. BJP-Anhänger ebenso wie nationalistisch gesinnte Inder sind stolz darauf, dass die Bombe durch einheimische Forschung und Produktion und nicht durch internationale Kollaboration entwickelt und gebaut wurde. - Aus der Sicht nationalistisch gesinnter Inder ist sie aber auch keine bloße „Hindu bomb“, da sich ihr Symbolwert nicht auf die engere religiös-ideologische Sphäre beschränkt, sondern für umfassende nationale Werte steht.

Deshalb, und darin gehen Hindunationalisten und nationalistisch gesinnte Inder konform, repräsentiert sie als „Indian nationalist bomb“ Indiens zukünftige Größe, eine selbstentwickelte technologische Errungenschaft der „modernen“ indischen Nation. In der patriotischen Verherrlichung nationaler Errungenschaften drückt sich ein von Indern als positiv empfundener Nationalismus

¹⁰Bharat leitet sich von Bharatavarsha ab, dem Land, in dem die Bharatas lebten, die Nachkommen von Bharata, einem der indischen Urahnen. – Auskunft von Clemens Jürgenmeyer, Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg.

aus. Man ist stolz darauf, dass die eigene Nation mit ihrer jahrtausendealten Kultur solche technologisch-wissenschaftlichen Spitzenleistungen hervorgebracht hat. Zu diesem nationalen Stolz bekennt man sich offen, ohne deshalb ein politischer Anhänger der BJP sein zu müssen.

3 Entwurf einer Nukleardoktrin: programmatisches Dokument mit zweifacher Zielsetzung

Nachdem sich der weltweite Schock über die Nukleartests gelegt hatte, bedrängte die internationale Staatengemeinschaft (insbesondere die USA) Indien, die Zielvorgaben seiner Nuklearrüstung zu konkretisieren. Wie sich jedoch im Rückblick herausstellte, verfügte die BJP zum Zeitpunkt der Tests noch über keinen konzeptionellen Rahmen. Erst im Frühsommer 1998 beauftragte die BJP-Führung eine vier- bis siebenköpfige Expertengruppe unter der Leitung von K. Subrahmanyam¹¹ mit der Formulierung einer Nukleardoktrin. Die Gruppe bildete den Kern des neu errichteten National Security Board (NSB), dessen Zusammensetzung geheim und dessen politische Funktion zunächst unklar blieben.

Am 17.8.1999 überraschte dann Brajesh Mishra, Nationaler Sicherheitsberater der zum damaligen Zeitpunkt nur interimistisch amtierenden Regierung Vajpayee, die indische und internationale Öffentlichkeit mit dem Entwurf einer „Indischen Nukleardoktrin“, die von der NSB-Kerngruppe in aller Stille ausgearbeitet worden war.¹² Mishra betonte, dass der Entwurf noch von der im Oktober 1999 neu gewählten Regierung genehmigt werden müsse.

In dem sechsseitigen Dokument mit acht Unterpunkten (s. Anhang) wurde eine ehrgeizige Doktrin präsentiert, die sich stark an das Vorbild der fünf „offiziellen“ Nuclear Weapon States (NWS) anlehnte. In einer sophistisch anmutenden Argumentationsweise machte sich Indien insbesondere amerikanische Rechtfertigungen zu Eigen, mit denen die USA ihr Festhalten an einer nuklearen Bewaffnung begründeten.

¹¹K. Subrahmanyam gilt als „Doyen“ der indischen Sicherheitsstrategen und seit Jahrzehnten als „nuklearer Falke“ und Hauptadvokat einer indischen Großmachtrolle.

¹²Wahrscheinlich war der Entwurf bereits Ende April/Anfang Mai 1999 fertig gestellt. Eine Veröffentlichung dürfte jedoch zum damaligen Zeitpunkt von der Vajpayee-Regierung, die von April bis Oktober 1999 nur interimistisch eingesetzt war, als politisch inopportun betrachtet worden sein. Erst als Indien den von Pakistan ausgelösten Grenzkrieg in Kaschmir (6.5. bis 16.7.1999) erfolgreich beendet hatte und der nationale Wahlkampf von Anfang September 1999 an bevorstand, entschloss sich die Regierung Vajpayee zu dieser offensichtlich taktisch motivierten Bekanntgabe.

Folgende Kernsätze verdeutlichen den Charakter der zukünftigen indischen Nuklearwaffenkapazität:

Die politische Legitimation wird aus dem „Fehlen einer globalen nuklearen Abrüstung“ abgeleitet. Deshalb müsse sich Indien eine nukleare Abschreckung zulegen und sei darin durch die UN-Charta gedeckt, die „das Recht auf Selbstverteidigung sanktioniere“ (siehe Objectives, Abschn. 2.1).

Als Grundcharakter wird eine „glaubwürdige minimale Nuklearabschreckung“ angegeben, die auf einen Ersteinsatz verzichten und sich ausschließlich an einer „Politik der Vergeltung“ orientieren soll (s. Objectives, Abschn. 2.3).

Doch lässt das angestrebte „dynamische“ Rüstungskonzept alle Optionen offen. Das liegt zum einen an so vagen Bezugsgrößen wie „strategisches Umfeld, technologische Notwendigkeiten und nationale Sicherheitsbedürfnisse“ und zum anderen an dem unspezifischen Feindbild, denn die indische Regierung betont immer wieder, dass Indiens Nuklearprogramm „not country-specific“¹³ sei.

Als ehrgeiziges Fernziel soll eine Triadenstruktur (luft-, land- und seegestützte nukleare Streitkräfte) mit mehrfach redundanten Systemen aufgebaut werden (s. Nuclear Forces, Abschn. 3.1).

Um das im Entwurf der Doktrin skizzierte nukleare Rüstungskonzept zu bewerten, muss zunächst nach der Motivation gefragt werden: Warum beansprucht Indien nun ein legitimes Recht auf Nuklearwaffenbesitz, nachdem es sich jahrzehntelang als führender Advokat einer globalen Abrüstung profiliert hat?

Den Schlüssel zu dieser – aus westlicher Sicht paradoxen – Entscheidung liefert die dreifache Motivation:

- *Sicherheitsmotiv*: strategische Notwendigkeit, um eine nukleare Bedrohung dank eigener Vergeltungskapazität zu verhindern, aber unter Verzicht auf einen nuklearen Ersteinsatz;¹⁴

- *Statusmotiv*: politische Notwendigkeit, um das Monopol der fünf „allein und permanent legitimierten“ NWS zu brechen und selbst Mitglied im exklusiven Club zu werden;¹⁵

¹³Diese Formulierung benutzte auch Brajesh Mishra bei der Bekanntgabe des Entwurfs.

Vgl. „Opening Remarks by National Security Adviser Mr. Brajesh Mishra at the Release of Draft Indian Nuclear Doctrine“, <http://www.meadev.gov.in/govt/indnucl.htm>.

¹⁴Vgl. Doktrin, Abschn. 2.4; diese klassische Begründung für ein nukleares Abschreckungspotenzial ist im 1. Satz nach dem US-Vorbild formuliert, aber im 2. Satz hinsichtlich des Verzichts auf einen nuklearen Ersteinsatz modifiziert.

¹⁵Vgl. Doktrin, Abschn. 1.1 und 1.3 sowie Indiens Interpretation der Verlängerung des NPT 1995.

- *Entwicklungsmotiv*: entwicklungspolitische Notwendigkeit, um den Ausbau eigener Forschungs- und Wirtschaftskapazitäten nicht durch international aufgezwungene Restriktionen zu gefährden, die Benachteiligung der zivilen Nuklearforschung infolge der nuklearen Exportkontrollregime zu minimieren und so Indiens Aufstieg zu einer internationalen Industriegroßmacht zu gewährleisten.¹⁶

Die drei Motive kennzeichnen auch den Nutzen, den die nukleare Bewaffnung für Indiens nationale Interessen bringen soll. Entsprechend lässt sich aus der Präambel (Abschn. 1.2 und 1.3) die umfassende Zielsetzung des Nuklearkonzepts herauslesen:

Eine auch gegen nukleare Bedrohung geschützte nationale Sicherheit wird als grundsätzliche Voraussetzung für die Entwicklung Indiens betrachtet (Sicherheitsmotiv). Das außenpolitische Hauptziel, im 21. Jahrhundert in die Führungsgruppe der „global players“ aufgenommen zu werden, verbirgt sich hinter Indiens euphemistischer Forderung eines „gerechten, friedlichen und gleichen Systems“ (Statusmotiv). Eine weitere Voraussetzung besteht darin, dass es seine Wirtschafts-, Forschungs- und Entwicklungskapazitäten voll entfalten kann, um zu einer Industriegroßmacht aufzusteigen (Entwicklungsmotiv).

Dieses seit langem angestrebte Ziel will Indien aus eigener Kraft, ohne Einbußen seiner nationalen Souveränität und ohne aufgezwungene Eingriffe von außen erreichen. Deshalb beharrt es auf dem Grundsatz der „autonomen Entscheidungsfindung in entwicklungspolitischen und strategischen Fragen“ (nationales Autonomieprinzip).¹⁷ Und deshalb glaubt Indien Nuklearwaffen zu benötigen, weil sie Schutz vor willkürlicher Gewaltanwendung oder politischer Erpressung durch die wenigen „Nuklearmonopolisten“ (sprich: USA) böten.

Entwicklungsmotiv und nationales Autonomieprinzip haben das indische Denken seit Jahrzehnten grundsätzlich geprägt. Das Beharren auf autonomen Entscheidungen oder, noch grundsätzlicher, auf möglichst uneingeschränkter nationaler Souveränität, schlägt sich auch in Indiens Verhandlungsstrategie in bi- und multilateralen Foren nieder. Diese prinzipielle Haltung geht so weit, dass Indien gegebenenfalls internationale Isolation in Kauf nimmt, sollte es die ihm aufgenötigten Verhandlungskompromisse als Eingriff in seine nationale Souveränität werten. Damit gerät Indien jedoch immer stärker in Widerspruch

¹⁶Vgl. Doktrin, Abschn. 7.2 sowie Indiens Argumentation gegen NPT und CTBT.

¹⁷Vgl. Gert W. Kück, „Indiens Nukleardoktrin. Auf der Suche nach strategischer Autonomie“, in: *KAS/Auslandsinformationen*, 10/99, S.42-53.

zur wachsenden Globalisierung, die den Entscheidungsspielraum nationaler Regierungen einschränkt.

Als eines der Mittel, diesem Dilemma zu entgehen, soll der Nuklearwaffenbesitz dienen. Entgegen der im Entwurf erneut deklarierten Forschungs- und Entwicklungsautonomie verkennt Indien keineswegs, dass es sein Fernziel einer internationalen Groß- und Industriemacht nicht ohne Weltmarktkooperation und -integration erreichen kann. Doch will Indien aus einer Position der Stärke heraus seine Bedingungen in internationalen Verhandlungen stellen, so beispielsweise über technologische Zusammenarbeit im Dual-use-Bereich im Falle eines CTBT-Beitritts.

Anhand der Motive wird auch die sophistische Argumentation deutlich, denn Indien greift sich - nach Art eines „gelehrigen Schülers“ - jeweils die Rechtfertigungen der Nuklear-„Monopolisten“ heraus, die seiner Position und seinem spezifischen nationalen Interesse am meisten entsprechen.

USA und Russland: Indien argumentiert hier auf mehreren Ebenen. Zum Ersten beansprucht es gemäß Art. 51 der UN-Charta ein „grundsätzliches Recht“ auf Selbstverteidigung. Zum Zweiten leitet Indien sein „grundsätzliches Recht“ auf Nuklearwaffenbesitz aus der amerikanisch-sowjetischen/russischen Sicherheitsargumentation ab. Wenn die P-2 im und nach dem Kalten Krieg ihre Nuklearwaffen als legitime Verteidigungsmittel betrachten, so steht Indien das gleiche Recht zu (Sicherheitsmotiv). Zum Dritten bedient sich Indien einer moralisch-politischen Argumentation, aus der das Statusmotiv deutlich herauszulesen ist.

Frankreich und Großbritannien: Parallelen zur französischen (vor allem zur Legitimation der „force de frappe“ unter Charles de Gaulle) und britischen Position sind in den Argumenten erkennbar, mit denen Indien seine Minimalabschreckung rechtfertigt (Statusmotiv). Die Tatsache, dass beide „nuklearen Mittelmächte“ weiterhin die ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat mit Vetorecht innehalten, obwohl sie ihre koloniale Vormachtrolle und ihre Sonderstellung als ehemalige Siegermächte des 2. Weltkriegs verloren haben, dürfte Indiens nukleare Ambitionen und seinen Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zusätzlich bestärken.

China: Die von China entlehnte und teilweise gegen China gerichtete Argumentation und Hervorhebung des Entwicklungsmotivs ist nicht zu übersehen. Auch wenn Indien betont, dass seine Nuklearwaffen „not country-specific“ seien, so könnte Indien das Sicherheitsmotiv lediglich gegen eine potenzielle nukleare Bedrohung durch China oder das mit China nuklear kooperierende Pakistan geltend machen. Indiens Argumentation im Hinblick auf das Status-

und Entwicklungsmotiv ist eindeutig am chinesischen Vorbild orientiert. Offensichtlich hat Indien seine Lehre daraus gezogen, dass dem industriellen „Nachzügler“ China sein internationaler Aufstieg und seine Aufnahme in Sicherheitsrat und NPT-Monopol der NWS entscheidend durch seine Eigenleistungen in Forschung, (Nuklear-)Technologie und Wirtschaftsentfaltung gelungen ist. Mit den Nukleartests und dem Rüstungskonzept will Indien eine internationale Fehlentwicklung korrigieren, die es aus eigener Sicht als „historische Ungerechtigkeit“ empfindet: nämlich, dass nach den ersten chinesischen Nukleartests dem „zu spät gekommenen“ Indien durch den NPT die „Tür vor der Nase“ zugeschlagen und es zu einem „Staat zweiter Klasse“ degradiert wurde.

Damit ist der neuralgische Punkt angesprochen, der Indiens Hinwendung zu einer offenen Nuklearisierung ausgelöst und die ehrgeizige Nuklearrüstung angetrieben hat: seine Interpretation der unbefristeten und unkonditionierten Verlängerung des NPT im Mai 1995. Die Präambel nimmt explizit dreimal Bezug darauf (Abschn. 1.1, 1.3, 1.5). Die auffällig scharfen Formulierungen offenbaren, wie sehr Indien sich durch die Entscheidung diskriminiert fühlt.

Anzunehmen ist, dass Indien die NPT-Verlängerung nicht so einseitig, wenn nicht sogar willkürlich interpretiert hätte, wäre die Kritik Indiens und vieler blockfreien Staaten am diskriminierenden Charakter des NPT im Mai 1995 nicht von den P-5 unterdrückt worden. Da Neu-Delhis starke Vorbehalte, zumindest aus der Sicht indischer Sicherheitsexperten, nicht angemessen berücksichtigt wurden, sah sich Indien gezwungen, nun selbst nuklear aufzurüsten.

Nun lässt sich auch das oben erwähnte Paradox aufklären, dass sich Indien als der bislang vehementeste Verfechter einer globalen Abrüstung zu Offenlegung und Ausbau seiner Nuklearwaffenkapazität entschlossen hat. Die teilweise diametral entgegengesetzten Positionen zu NPT-Verlängerung, CTBT und geplante Folgeabkommen über einen Produktionsstopp für spaltbares Material (Fissile Materials Cutoff Treaty - FMCT), die Indien einerseits und die USA, ihre Verbündeten und die zwei NWS Russland und China andererseits vertreten, lassen sich so darstellen:

Aus indischer Sicht gewährte die NPT-Konferenz 1995 den fünf „Nuklearmonopolisten“ einen unbegrenzten „Freibrief“ und dokumentierte damit das „Fehlen einer globalen nuklearen Abrüstung“, sodass Indien sich nun das legitime Recht auf eigenen Nuklearwaffenbesitz zum Schutz seiner oben definierten nationalen Interessen zubilligte. Für die USA, ihre Verbündeten und einen großen Teil der internationalen Staatengemeinschaft bedeutete dagegen

die unbefristete Verlängerung des NPT, den zum damaligen Zeitpunkt 178 Staaten unterschrieben hatten, einen entscheidenden Schritt zur universalen Gültigkeit des Vertrags.

Desgleichen sieht Indien im CTBT ein Instrument der fünf Monopolisten, den „nuklearen Habenichtsen“ Zugang zu internationaler Spitzentechnologie im Dual-use-Bereich zu verweigern, deren einheimische Forschung in diesem prestigeträchtigen Hochtechnologiesektor einzuschränken und die technologische Kluft zwischen den nuklearen Spitzenreitern (mit der Fähigkeit zu subkritischen Tests im Labor) und den nukleartechnologischen Nachzüglern zu vertiefen. Damit würde industriellen „Aufsteigern“ wie Indien die Aufnahme in die internationale Führungsgruppe verweigert und das ungleiche internationale Machtsystem zementiert. Dagegen werben die USA und ihre Interessenpartner für CTBT und FMCT mit dem Argument, dass beide Abkommen der nuklearen Rüstungskontrolle dienen. Allerdings übergehen sie dabei stillschweigend die Kritik (auch von indischer Seite), dass die nuklearen Spitzenreiter über ausreichende nukleartechnologische Erkenntnisse und Vorräte an Spaltmaterial verfügen, um ihre nuklearen Sprengköpfe auch ohne neue „heiße Tests“ weiter verfeinern und verkleinern zu können.

Vor diesem Hintergrund wird nun deutlich, dass der Entwurf der Nukleardoktrin ein programmatisches Dokument in zweifacher Hinsicht ist:

ein politisches Grundsatzpapier, das Indiens Anspruch auf internationale Mitsprache zu untermauern sucht; dazu wendet Indien das Prinzip an, seine Widersacher (sprich: die „Nuklearmonopolisten“ und Vetomächte des UN-Sicherheitsrats, insbesondere die USA) mit ihren eigenen „argumentativen Waffen“ zu schlagen;

ein nuklearpolitisches Programm, das alle konzeptionell und strategisch wesentlichen Komponenten (mit Ausnahme der Androhung eines Ersteinsatzes) aus den Strategien der fünf „offiziellen“ NWS übernimmt und in ein ehrgeiziges Langzeitprogramm integriert. Dabei klammert Indien allerdings das Problem aus, ob es sein anspruchsvolles Gesamtkonzept überhaupt implementieren und finanzieren kann.

4 „Glaubwürdigkeit“: Achillesferse des indischen Abschreckungskonzepts

Indien legt seinem Abschreckungskonzept drei Maximen zu Grunde. In der ersten wird der demokratische Charakter der Indischen Union sichtbar: Die oberste Entscheidungsbefugnis über den nuklearen Einsatzbefehl liegt beim Premierminister bzw. bei seinem designierten Nachfolger (Abschn. 5.1). Die zweite Maxime, nämlich ausschließliche Orientierung an der „Politik eines Vergeltungsschlags“, ließe sich im Falle einer nuklearen Eskalation mit Pakistan bereits kontrovers diskutieren, denn die geographische Nähe zwischen den verfeindeten Nachbarn macht den Übergang von einem Präventiv- zu einem Vergeltungsschlag fließend.¹⁸ Dagegen kann die dritte Maxime, eine *glaubwürdige* nukleare Minimalabschreckung aufzubauen (Abschn. 2.3), als die eigentliche Achillesferse des indischen Rüstungsprogramms und Abschreckungskonzepts bezeichnet werden.

In das US-russische Abschreckungskonzept ist seit längerem das Prinzip der gegenseitigen Transparenz als wichtige vertrauensbildende Maßnahme integriert. Die gegnerische Bedrohung wirkt glaubwürdig, weil die beiderseitigen nuklearen Bedrohungskapazitäten im Wesentlichen bekannt sind. Dagegen verfolgt Indien eine Strategie der Verschleierung. Es will (oder kann) keine quantifizier- und qualifizierbaren Angaben machen, wie groß sein geplantes nukleares Arsenal und wie hoch dessen technologischer Standard sein wird. Folglich muss Indien konzeptionell auch anders vorgehen, um einem potenziellen Gegner glaubwürdig zu vermitteln, dass es im Falle einer Eskalation grundsätzlich zum Vergeltungsschlag bereit sei. Außerdem muss es zu erkennen geben, dass es die waffentechnischen und logistischen Kapazitäten auch *nach* einem eventuellen Nuklearangriff besitzt, um „rasch“ und „effizient“ einen Bestrafungsschlag (punitive retaliation) durchzuführen, der einen für den Angreifer „nicht akzeptablen Schaden“ verursacht (Abschn. 2.3a).

Die konzeptionelle Formel, mit der Indien die gewünschte Abschreckungswirkung erzielen will, lautet: ein minimales Bedrohungspotenzial, dessen Glaubwürdigkeit darauf beruht, dass es nach einem nuklearen Angriff überlebensfähig (survivable) bleibt und schnell einsatzbereit ist. Da sich Indien nur

¹⁸Im Falle eines raketengestützten nuklearen Angriffs zwischen Indien und Pakistan wird die tatsächliche Flugdauer zwischen Abschussrampen und voraussichtlichen Zielen auf maximal 2-3 Minuten geschätzt. Dagegen wird im nuklearen Abschreckungsszenarium zwischen den kontinental entfernten Gegnern USA – Sowjetunion/Russland eine Mindestflugdauer von 20-25 Minuten einkalkuliert. Somit steht diese Zeitspanne als „Vorwarnzeit“ im Falle eines beabsichtigt oder irrtümlich ausgelösten Angriffs zur Verfügung.

eine begrenzte Kapazität zulegen will, kann es den angestrebten nicht akzeptablen Schaden für den Gegner nur mit einer Strategie erreichen, die „counter value oriented“ und nicht „counter force oriented“ ist.¹⁹

Damit ist die erste Komponente angesprochen, mit der Indien seine nukleare Minimalabschreckung glaubwürdig machen will. Mit dieser Strategie ist Folgendes gemeint: Da sich Indien kein Potenzial zulegen kann und will, das den gegnerischen nuklearen Streitkräften quantitativ und qualitativ etwa gleichwertig ist, kann es auch keinen umfassenden Bestrafungsschlag durchführen, der die gegnerischen nuklearen Kräfte in nicht hinnehmbarem Maße schwächt (counter force oriented). Vielmehr macht sich Indien die französische Strategie zu Eigen: Einige ausgewählte gegnerische Ziele mit hoher strategischer Bedeutung (wie beispielsweise wichtige Metropolen, industrielle oder militärische Großkomplexe, Staudämme) sollen in einem Vergeltungsschlag zerstört werden, sodass überproportionale zivile Schäden oder industriell-militärische Funktionsausfälle den Gegner zur Einstellung seines nuklearen Angriffs zwingen (counter value oriented).

Unter militärischen Gesichtspunkten erscheint diese pragmatische Beschränkung auf wenige strategisch entscheidende Ziele sinnvoll, da sie Indiens insgesamt begrenzte Ressourcen berücksichtigt. Damit erhöht sie die Glaubwürdigkeit des Gesamtkonzepts, denn der angestrebte effiziente Einsatz des minimalen Bedrohungspotenzials ist erkennbar.

Skepsis kommt dagegen auf, wenn man die ehrgeizigen Zielvorgaben für die anderen Komponenten der angestrebten Glaubwürdigkeit betrachtet:

Triadenstruktur mit mehrfacher Redundanz: land-, see- und luftgestützte nukleare Streitkräfte (Abschn. 3.1),

satellitengestütztes Frühwarn- und umfassendes Aufklärungssystem (C-4 I-2) (Abschn. 2.6c und 5.4),

Einsatz- und Kontrollsystem mit integriertem oder sequenziellem Operationsplan, einen Erstangriff überdauernde Fähigkeit zu flexibler, rascher Reaktion, doppelt nutzbare Trägersysteme (Abschn. 5.2, 5.3, 5.6),

paralleler Ausbau der konventionellen Streitkräfte, um die Schwelle für konventionellen Angriff und/oder nukleare Bedrohung/Einsatz zu erhöhen (Abschn. 2.7),

¹⁹Gespräch mit Air Commodore (retd.) Jasjit Singh, Direktor des Institute of Strategic Studies and Analyses (IDSA) und einflussreiches Mitglied im National Security Board, Neu-Delhi im Juli 1999.

umfassendes Sicherungs- und Lagersystem, Vorbeugung gegen Sabotage und Unfälle (Abschn. 6.1, 6.3),

Ausbau der nukleartechnologischen Forschung und Entwicklung (Abschn. 7.1).

Man gewinnt den Eindruck, dass Indien nach dem US-Vorbild alle Komponenten im eigenen Rüstungsprogramm entwickeln will, die militärtechnisch für ein nukleares „full-proof“-System notwendig erscheinen. Dabei scheint Indien zu übersehen, dass die amerikanische Nuklearaufrüstung durch eine Bedrohungs- und Abschreckungsphilosophie vorangetrieben wurde, die ideologisch durch die Systemrivalität des Kalten Kriegs geprägt wurde und militärisch auf einen nuklearen „overkill“ hinsteuerte. Genau diese Überdimensioniertheit der amerikanisch-sowjetisch/russischen vertikalen Nuklearproliferation hatte Indien jahrzehntelang kritisiert.

Skeptisch ist auch die indische Argumentation zu sehen, wonach die Glaubwürdigkeit einer Minimalabschreckung den Aufbau einer Triade bedingt. Von den P-3 besitzen Großbritannien nur ein und Frankreich nur zwei Komponenten der Triade, profitieren aber als Bündnispartner der NATO von deren dreigliedrigem „nuklearen Schirm“. Lediglich China arbeitet intensiv darauf hin, alle drei Komponenten mit nationalen Ressourcen zu entwickeln. Würde man der indischen Argumentation folgen, wäre zu fragen, für wie glaubwürdig Indien die nukleare Abschreckung der drei nuklearen „Mittelmächte“ hält.

Konzeptionell widersprüchlich wirkt Indiens Absicht, gleichzeitig auch die konventionellen Streitkräfte aufzustocken. Unklar bleibt insbesondere, welches Eskalationsmodell Indien zu Grunde legt, um die Voraussetzungen für einen Nukleareinsatz als gegeben anzusehen. Im Falle einer konventionellen Eskalation würde Indien, wenn es den Angriff konventionell nicht mehr abwehren kann, mit dem Einsatz seiner Nuklearwaffen einen Erst- und nicht einen Vergeltungsschlag durchführen. Im Falle einer nuklearen Eskalation müsste sich Indien fragen lassen, ob es nicht indirekt das Risiko eines nuklearen Angriffs durch die Aufstockung seiner konventionellen Streitkräfte erhöht hat. Sieht nämlich der Gegner, dass er Indien konventionell unterlegen ist, könnte er bereits auf einer niedrigeren Eskalationstufe zu einem nuklearen Angriff übergehen.

5 Problematische Vereinbarkeit eines „dynamischen“ Rüstungskonzepts mit einer glaubwürdigen „Minimal“-Abschreckung

Schließlich ist noch eine Komponente der Glaubwürdigkeit anzusprechen, die zugleich die prinzipielle „Gretchenfrage“ des indischen Nuklearkonzepts berührt. Wer sind die Gegner, die Indien nuklear bedrohen könnten? Wie groß ist deren Bedrohungspotenzial? Denn daran bemisst sich die quantifizier- und qualifizierbare Definition der indischen „Minimal“-Abschreckung? Und wie muss Indien seine Nuklearkapazitäten strukturieren, um gegen diese Bedrohung einen glaubwürdigen Vergeltungsschlag durchführen zu können?

Abgesehen von den allerersten Erklärungen unmittelbar nach den Nukleartests im Mai 1998 gab wenige Tage später Premierminister Vajpayee die seitdem gültige Devise aus, dass sich Indiens Nuklearrüstung gegen keine spezifischen Gegner richte. Stattdessen wurden im Entwurf der Doktrin so vage Bezugsgrößen wie „strategisches Umfeld“, „technologische Notwendigkeiten“ und „Bedürfnisse der nationalen Sicherheit“ als Eckdaten genannt. Hier muss sich Indien fragen lassen, ob es sein „dynamisches Konzept“ (Abschn. 2.3) damit legitimieren will, dass es bewusst eine konkrete Bedrohungsdefinition vermeidet.

Zu bezweifeln ist auch, ob diese vagen Kriterien ausreichen, um unter *militärischen* Gesichtspunkten eine Nuklearabschreckung zu konzipieren, die die beiden Grundkriterien „minimal“ und „glaubwürdig“ gleichermaßen erfüllen kann. Oder will sich Indien vielmehr ein *politisches Druckmittel* zulegen, um die fünf offiziellen Nuklearwaffenstaaten (insbesondere die USA) zu globaler Nuklearabrüstung zu zwingen? Oder, was realistischer sein dürfte, will Indien hauptsächlich seinen „Verhandlungspreis“ hochtreiben, um sich als nichtoffizielle mittelgroße Nuklearmacht internationale Mitsprache (Statusmotiv) und - per verhandlungstaktischem Kompromiss - Zugang zu amerikanischer Hoch- und Dual-use-Technologie zu sichern (Entwicklungsmotiv)?

Diese berechtigten Folgerungen liegen nahe, wenn man Indiens nuklearpolitische Rhetorik analysiert. Entgegen allen deklaratorischen Verlautbarungen lassen sich jedoch die von Indien subjektiv als Bedrohungsgrößen eingestufte Staaten identifizieren: China und Pakistan. Offen bleibt dabei lediglich, ob Indien - analog zu der jahrzehntelangen Diskussion über die Dimension des benötigten konventionellen Kräftepotenzials - *allein* die chinesische Bedrohung oder einen nuklearen „Zweifrontenangriff“ durch China *und* Pakistan als „Obergrenze“ für seine „Minimal“-Abschreckung heranzieht.

Dass Indien langfristig Chinas Nuklearpotenzial als entscheidende Bezugsgröße für Größe und Struktur seines Rüstungskonzepts und als mittelfristige Richtlinie seiner Nuklearpolitik betrachtet, lässt sich aus der Diskussion folgern, die in dem kleinen Insiderkreis der indischen „strategic community“ zu beobachten ist. Drei Positionen identifizierte der indische Nuklearkritiker Kanti P. Bajpai im Juli 1999:²⁰

Rejectionists,
Pragmatists,
Maximalists.

Die Zuordnung zu einer dieser drei Richtungen erfolgte anhand von drei Fragen:

- a. Braucht Indien Nuklearwaffen, und falls ja, wie soll die Art der Abschreckung sein (Frage nach dem Abschreckungspotenzial)?
- b. Soll Indien globalen Non-Proliferationsregimen wie CTBT, FMCT oder MTCR (Missile Technology Control Regime) beitreten? Grundsätzlich ausgeschlossen ist dagegen ein Beitritt zum NPT (Frage nach dem Regimebeitritt).
- c. Ist aus indischer Sicht eine nukleare Abrüstung erstrebenswert (desirable) und durchführbar (feasible) (Frage nach der globalen Abrüstung)?

Position der Gegner von Abrüstungsregimen (Rejectionists):

- a. *Abschreckungspotenzial:* Indien brauche Nuklearwaffen, wenn auch bedauerlicherweise. Da eine nukleare Bedrohung durch Pakistan und China vorliege, bleibe Indien keine andere Wahl. Hierbei handelt es sich um eine zögerliche Befürwortung, die aber zusehends bestimmter wird.

Anzahl: 80–100 nukleare Sprengköpfe

Lagerung: „relaxed deterrence posture“ („entspannte Abschreckungshaltung“)²¹

²⁰Gespräch mit Kanti P. Bajpai, Professor für International Politics, Organization and Disarmament, School of International Studies, Jawaharlal Nehru University, New Delhi, im Juli 1999.

²¹Der Begriff „relaxed deterrence posture“ wurde offensichtlich von indischen Strategen neu in die Diskussion eingeführt und noch nicht verbindlich definiert. Er dürfte analog zu dem von Jasjit Singh propagierten Begriff „recessed deterrence“ zu verstehen sein, den J. Singh folgendermaßen bestimmt: „This could be described by the term 'recessed deterrence' which relies on credible capabilities, but actual weaponisation is held back in a linkage to the actual threat scenario, on one side, and tangible progress on disarmament, on the other.“ Zit. aus: J. Singh, „A Nuclear Strategy for India“, in: J. Singh (ed.), *Nuclear India*, New Delhi 1998, S.309.

- b. *Regimebeitritt*: Indien soll globalen Non-Proliferationsregimen *nicht* beitreten.
Begründung: Die Verträge repräsentierten eine hegemonistische Weltordnung, dagegen sei weniger wichtig, dass die Verträge fehlerhaft seien.
- c. *Globale Abrüstung*: Sie sei sowohl wünschenswert als auch durchführbar. Da dies allerdings erst in ferner Zukunft möglich sei, solle Indien seine Nuklearwaffen in einer „de-alert posture“ („entwarnte Einsatzbereitschaft“) halten.

Position der Pragmatisten:

- a. *Abschreckungspotenzial*: Indien müsse Nuklearwaffen besitzen, dies hätte bereits seit langem erfolgen sollen.
Anzahl: 100–120 nukleare Sprengköpfe
Lagerung: „relaxed deterrence posture“
- b. *Regimebeitritt*: Indien soll internationalen Regimen beitreten.
Begründung: Laut Auskunft der Nuklearwissenschaftler hätten die Tests genügend wissenschaftliche Daten erbracht. Dagegen müssen die Trägersysteme weiterhin getestet und verbessert werden. Deshalb könne Indien CTBT und FMCT unterschreiben. Nukleartechnologische Exportkontrollen seien kein Problem für Indien, da es nicht nuklear proliferiere und globalen Regimen wie den Konventionen gegen biologische und chemische Waffen beigetreten sei. Ein wichtiges Argument zu Gunsten eines *selektiven* Regimebeitritts lautet, dass Indien dadurch Technologieabkommen mit den USA und westlichen Industriestaaten abschließen könne, die Indiens Wirtschaftswachstum in den nächsten 25-30 Jahren beschleunigen würden.
- c. *Globale Abrüstung*: Globale Abrüstung sei weder erstrebenswert noch durchführbar. Die P-5 hätten klar zu erkennen gegeben, dass sie weiterhin an ihren Nuklearwaffen festhielten und nicht ernsthaft an deren Vernichtung interessiert seien. Als weiteres Argument wird angeführt, dass die USA neue konventionelle Militärtechnologien entwickelten, die ihnen einen so großen technologischen Vorsprung sichern werden, dass Indien, Russland und China weit zurückfielen. Deshalb könnten diese Staaten auf Nuklearwaffen - als ihre einzige Verteidigung - nicht verzichten, selbst wenn sich die USA dazu entschließen sollte.

Position der Maximalisten:

- a. *Abschreckungspotenzial*: Indien soll das maximal mögliche Nuklearpotenzial gemäß dem klassischen Abschreckungsmodell aufbauen. Der Weg zu

dem Fernziel orientiert sich an China. Dessen derzeit geschätzter Bestand von ca. 450 nuklearen Sprengköpfen dient als Kriterium, um Indiens Mindestbedarf zu bestimmen. Die indische Nuklearwaffenproduktion soll nach oben offen bleiben, da China aus politischen und militärischen Gründen seinen Bestand weiter aufstocken werde. Die indischen Produktionskosten seien auf einen Zeitraum von 25-30 Jahren hochgerechnet mit dem Ergebnis, dass die Kosten vertretbar und finanzierbar seien.

Anzahl: mindestens ca. 450 nukleare Sprengköpfe

Lagerung: absolut keine „entspannte Lagerung“, sondern möglichst sofort einsatzbereit

- b. *Regimebeitritt*: Indien soll unter keinen Umständen irgendeinem Regime beitreten.

Begründung: Internationale Regime würden eine ungleiche Weltordnung verkörpern und zementieren. Da Indien mindestens 450 nukleare Sprengköpfe bauen müsse, seien weitere Tests und die Produktion von mehr Spaltmaterial notwendig.

- c. *Globale Abrüstung*: Globale Abrüstung sei weder erstrebenswert noch durchführbar. Nuklearwaffen würden dauerhaft bleiben, und die Abschreckung funktioniere. Die P-5 würden auf ihren Nuklearwaffenbesitz nicht verzichten, da sie ihren „Besitz“ als Prinzip (und nicht als quantifizierbare Menge) verstünden. Eine globale Abrüstung sei aus technischen Gründen nicht möglich, die Abrüstungsforderung sei lediglich ein „Trick“ der P-5 (tatsächlich gemeint sind die P-2: USA und Russland).

Wertet man die indische Insiderdiskussion, die vagen Formulierungen im Entwurf der Nukleardoktrin und die komplexe Motivation für Indiens nukleares Rüstungskonzept aus, so zeichnet sich eine besorgniserregende Perspektive ab. Indiens Minimalabschreckung dürfte mindestens 100-120 nukleare Sprengköpfe umfassen, mit einer weiteren Aufstockung kann gerechnet werden. Die Kosten für die Produktion und die aufwendigen Maßnahmen, um die angestrebte Glaubwürdigkeit abschreckungspolitisch und technisch zu untermauern, werden für vertretbar und finanzierbar gehalten.

Anzeichen deuten darauf hin, dass sich die Befürworter eines dynamischen Rüstungsprogramms durchsetzen werden. Die im Sommer 1999 geführte Diskussion unter indischen Sicherheits- und Nuklearstrategen ließ erwarten, dass sich Pragmatisten und Maximalisten annähern und sich tendenziell auf die maximalistische Position hin bewegen. Diese Tendenz wurde bald danach durch den Entwurf der Nukleardoktrin bestätigt. An den Namen der Au-

toren und ihrer engsten Berater konnte abgelesen werden, dass sie zu den Pragmatisten und Maximalisten gehörten.

Schließlich lässt sich aus dem (status)politischen Motiv der indischen Nuklearrüstung folgern, dass Indien das Argument der Maximalisten auch für sich reklamieren wird: Da den P-5 unterstellt wird, dass sie ihren Nuklearwaffen-„Besitz“ als eine Frage des Prinzips betrachten, dürfte Indien das Prinzip auch für sein eigenes Nuklearpotenzial beanspruchen. Deshalb sollte Indiens Erklärung im Entwurf der Nukleardoktrin, auf das „Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt zu einem frühen Zeitpunkt“ hinzuarbeiten (Abschn. 8. 1), mit Vorbehalt gelesen werden.

Mit der konditionellen Einschränkung, dass nukleare Abrüstung „global, verifizierbar und nichtdiskriminierend“ sein müsse, hat sich Indien eine verhandlungstaktische Hintertür offen gehalten. Zugleich wurde in Hintergrundgesprächen freimütig eingeräumt, welche Vorbedingungen aus indischer Sicht erfüllt sein müssten, damit es den „nichtdiskriminierenden“ Charakter der globalen Abrüstung anerkenne: Einerseits müssten die beiden „großen“ Nuklearwaffenstaaten USA und Russland auf das chinesische Niveau abgerüstet haben (damit übernimmt Indien das Standardargument der P-3); und andererseits müsse Indien auf den chinesischen Stand aufgerüstet haben (ein deutlicher Hinweis auf den chinabezogenen Statusanspruch). Dann erst sei Indien bereit, sich ernsthaft an globalen Abrüstungsverhandlungen zu beteiligen.

Eine wichtige, positiv zu bewertende Änderung der jahrzehntelangen Position Indiens ist jedoch im Entwurf enthalten, die allerdings sofort heftigen Protest unter indischen Sicherheits-„Falken“ ausgelöst hat. Während in der amerikanischen und westlichen Verhandlungsführung der Schwerpunkt auf „globalen Rüstungskontrollmaßnahmen“ wie NPT, CTBT und FMCT lag, hatte Indien bislang immer eine vorherige „nukleare Abrüstung“ der P-5 als Grundbedingung für sein konstruktives Mitwirken an dem Doppelanliegen „nukleare Non-Proliferation und Rüstungskontrolle“ gefordert.

Im Entwurf der Doktrin erklärt Indien nun erstmals, dass es Maßnahmen zur „nuklearen Rüstungskontrolle als Teil seiner nationalen Sicherheit“ unterstütze (Abschn. 8.4). Damit signalisiert Indien Folgendes: Nachdem ihm der Zugang zum privilegierten Klub der „Besitzenden“ gelungen sei, sei es prinzipiell (aber zu seinen eigenen Konditionen) bereit, sich in globale Verhandlungen über Rüstungskontrollmaßnahmen einbinden zu lassen. Mit dem taktischen Schachzug rechnet es sich gute Chancen aus, aus der durch die Nukleartests verursachten internationalen Isolation herauszukommen und – als

Gegenleistung für seine grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft – Zugang zu internationaler Spitzentechnologie zu erhalten.

6 Besorgniserregende Perspektiven

Noch lassen sich die Konsequenzen von Indiens offener Nuklearisierung und seinem ehrgeizigen Rüstungsprogramm nur schwer einschätzen, denn sie reichen weit über die nationale Ebene (Auswirkungen auf Indiens und – analog Pakistans – innenpolitische und wirtschaftliche Entwicklung) und die regionale Ebene (zusätzliche Instabilität in Südasien) hinaus. Die Auswirkungen auf globaler Ebene lassen sich treffend mit dem Bild verdeutlichen, dass Indien den „nuklearen Geist aus der Flasche“ freigelassen hat.²² Zu befürchten ist, dass nukleare Schwellenstaaten durch das indische Vorbild ermutigt werden könnten, ihr geheimes Nuklearwaffenprogramm in Tests offen zu legen.

Das grundsätzliche Problem für nukleare Nichtweiterverbreitung und internationale Rüstungskontrolle besteht darin, dass Indien (und analog Pakistan) in keinem Fall auf eine nukleare Rüstung verzichten wird. Deshalb müssen sich internationale Bemühungen notgedrungen auf eine „Schadensbegrenzung“ beschränken: Indien zu einem langsameren Tempo in der nuklearen Aufrüstung zu veranlassen und, parallel dazu, es an internationale Rüstungskontrollregime heranzuführen, ohne es jedoch formal zu einem „Nuklearwaffenstaat“ im Sinne des NPT aufzuwerten.

Innenpolitischer Druck in Indien zu Gunsten einer Rüstungsverzögerung dürfte allerdings in naher Zukunft kaum zu erwarten sein. Regelmäßige Meinungsumfragen lassen weiterhin einen breiten nationalen Konsens für eine nukleare Aufrüstung erkennen. Unterschiedliche Haltungen beziehen sich lediglich auf Nuancen, aber nicht auf Grundsatzfragen der Nuklearrüstung. Die wenigen kritischen Stimmen²³ können leicht mit dem Vorwurf, unpatriotisch zu sein, zum Verstummen gebracht werden. Mit dem gleichen Argument wird eine parlamentarische Kontrolle von Rüstungsausgaben unterbunden.²⁴

²²Das Bild des „freigesetzten nuklearen Flaschengeistes“ wurde seit Mai 1998 wiederholt gebraucht, so z.B. M. Ehsan Ahrari, „Growing Strong. The nuclear genie in South Asia“, in: *Security Dialogue*, Vol.30, No.4, December 1999, S.431-444.

²³Führend unter den wenigen Gegnern ist das Autorenteam Praful Bidwai/Achin Vanaik, *South Asia On A Short Fuse. Nuclear politics and the future of global disarmament*, New Delhi et al., Oxford University Press, 1999.

²⁴Grundlegend dazu Ravinder Pal Singh, *Arms Procurement Decision Making*, Vol.1, Chapter 3: „India“, SIPRI, Oxford etc. 1998, S.48: „If MPs (Members of Parliament) insist on obtaining information, they can be silenced by questioning their patriotism.“

Auch das finanzielle Argument, dass sich Indien ein so ehrgeiziges Rüstungsprogramm wie den auf ca. 30 Jahre angelegten Aufbau einer Triade wegen der volkswirtschaftlichen Opportunitätskosten nicht leisten könne, wird als unzutreffend – wenn nicht sogar als „westliche Arroganz“ – abgelehnt. Selbst indische Rüstungsskeptiker verweisen in diesem Zusammenhang auf Berechnungen von Bharat Karnad (einem Mitautor des Entwurfs der Nukleardoktrin), der das nukleare Langzeitprogramm für finanzierbar hält.²⁵ In das pessimistische Bild passt die äußerst drastische Erhöhung des indischen Verteidigungsbudgets, die Finanzminister Yashwant Singh am 29.2.2000 bekannt gegeben hat. Danach schnellen die Verteidigungsausgaben im Finanzjahr 2000/2001 um 28,2 % gegenüber dem Vorjahr hoch, die größte Steigerung in der Geschichte Indiens.²⁶ Damit ist die Rüstungsspirale in Südasien weiter hochgeschraubt.

Auch die kritische Sicherheitslage in Südasien und das extreme Misstrauen zwischen beiden Erzfeinden dürften deren nukleare Aufrüstung weiter beschleunigen. Nach den Nukleartests erwarteten manche westliche Beobachter, dass das „nukleare Patt“ zwischen Indien und Pakistan die Sicherheit in Südasien stabilisieren werde. Diese These ist jedoch durch den von Pakistan provozierten Grenzkrieg im geteilten Kaschmir (6. Mai bis 16. Juli 1999) widerlegt. Vielmehr lassen die historischen und geographischen Besonderheiten der südasiatischen und überregionalen Bedrohungskonstellation befürchten, dass grenzüberschreitende Guerillaaktivitäten die konfliktträchtige Lage noch verschärfen werden. Es kann jedoch angenommen werden, dass diese Eskalation unterhalb der Schwelle zu einem großräumigen konventionellen Krieg oder gar einem nuklearen Einsatz bleibt. Deshalb dürfte sich die These bestätigen, dass das „nukleare Patt“ lediglich zu einem kurzzeitigen labilen Bedrohungs-gleichstand in Südasien geführt hat.²⁷

Innen- und regionalpolitische Faktoren deuten auf eine tendenzielle Rüstungsbeschleunigung hin und offenbaren die enormen Schwierigkeiten, mit denen die internationale Abrüstungsdiplomatie zu kämpfen hat. Wenn über-

²⁵Vgl. Bharat Karnad, „A Thermonuclear Deterrent“, in: Amitabh Mattoo (ed.), *India's Nuclear Deterrent. Pokhran II and Beyond*, New Delhi 1999, S.144ff.; sowie weitere Berechnungen, die Bharat Karnad, Centre for Policy Research, der Autorin in einem Gespräch in Neu-Delhi im Dezember 1999 erläuterte.

²⁶Vgl. „Militäretat drastisch erhöht. Indien gibt 30 Prozent mehr für Waffen und Armee aus“, in: *Frankfurter Rundschau*, 1.3.2000, S.2. Der Finanzminister begründete die enorme Erhöhung unter Anspielung auf die pakistanische Provokation im Sommer 1999 mit den Worten: „Wir schrecken vor keinem Opfer zur Verteidigung unseres Mutterlandes zurück.“

²⁷Vgl. Citha D. Maaß, „Indiens und Pakistans offene Nuklearisierung und ihre widersprüchlichen Folgen“, in: *Internationales Asienforum*, Vol.30 (1999), No.1-2, S.67.

haupt, kann offensichtlich nur internationales Bemühen die nukleare Aufrüstung in Südasien verzögern. Dass Indien - trotz aller nationalistischen Rhetorik - nicht immun gegen internationalen Druck ist, illustriert das Schicksal des Entwurfs der Nukleardoktrin. Der Entwurf wurde mitten im Wahlkampf für die vorgezogenen Nationalwahlen 1999 bekannt gegeben unter Umständen, die ihn als semioffizielles Dokument erscheinen ließen; eine offizielle Bestätigung durch die neue Regierung schien sicher. Doch löste der Entwurf so scharfe internationale Kritik aus, dass ihn die im Oktober 1999 eingesetzte BJP-geführte Koalitionsregierung demonstrativ herunterspielte.

Internationale Abrüstungsdiplomaten sollten das eher als taktische Maßnahme denn als substanzielle Überprüfung von Indiens langfristiger Nuklearkonzeption interpretieren und sich realistisch auf eine Phase nuklearer Aufrüstung einstellen. In diesem Fall bietet sich ihnen nur die langfristige Strategie an, durch die internationale Einbindung Indiens dämpfend auf das Rüstungstempo in Südasien einzuwirken. Doch sind ihnen die Hände gebunden, denn ihr diplomatischer Spielraum wird durch den NPT eingeschränkt. Da der NPT keine offizielle Anerkennung eines „neuen“ Nuklearwaffenstaates erlaubt, kann Indien nicht offiziell in einen erweiterten „Klub der NWS“ aufgenommen werden. Folglich bieten sich nur nuklearpolitische Ansätze an, die auf Teilbereiche der internationalen nuklearen Rüstungskontrolle begrenzt sind, wie beispielsweise der CTBT. Realistischerweise dürfte jedoch davon auszugehen sein, dass Indiens (wie auch Pakistans) Unterschrift unter den CTBT keine prinzipielle, sondern nur eine konditionelle Kooperation in internationalen Rüstungskontrollmaßnahmen signalisieren würde. So wünschenswert die Unterschrift wäre, so würde sie dennoch nicht den Fehlschlag der jahrzehntelangen Bemühungen wettmachen, die eine vertikale Proliferation, d.h. ein Hochkommen „neuer“ NWS, verhindern wollte. Vielmehr dürfte Indiens Schritt über den „nuklearen Rubicon“ dazu führen, dass sich in der internationalen Nuklearpolitik der Schwerpunkt von globalen Non-Proliferationsbemühungen auf das bescheidenerere Ziel einer nuklearen Rüstungskontrolle verlagert.

Anhang

Draft Report of National Security Advisory Board on Indian Nuclear Doctrine²⁸

August 17, 1999

1. Preamble
2. Objectives
3. Nuclear Forces
4. Credibility and Survivability
5. Command and Control
6. Security and Safety
7. Research and Development
8. Disarmament and Arms Control

1. Preamble

1.1.

The use of nuclear weapons in particular as well as other weapons of mass destruction constitutes the gravest threat to humanity and to peace and stability in the international system. Unlike the other two categories of weapons of mass destruction, biological and chemical weapons which have been outlawed by international treaties, nuclear weapons remain instruments for national and collective security, the possession of which on a selective basis has been sought to be legitimised through permanent extension of the Nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT) in May 1995. Nuclear weapon states have asserted that they will continue to rely on nuclear weapons with some of them adopting policies to use them even in a non-nuclear context. These developments amount to virtual abandonment of nuclear disarmament. This is a serious setback to the struggle of the international community to abolish weapons of mass destruction.

1.2.

India's primary objective is to achieve economic, political, social, scientific and technological development within a peaceful and democratic framework. This requires an environment of durable peace and insurance against potential

²⁸Quelle: www.meadev.gov.in/govt/indnucl.d.htm.

risks to peace and stability. It will be India's endeavour to proceed towards this overall objective in cooperation with the global democratic trends and to play a constructive role in advancing the international system toward a just, peaceful and equitable order.

1.3.

Autonomy of decision making in the developmental process and in strategic matters is an inalienable democratic right of the Indian people. India will strenuously guard this right in a world where nuclear weapons for a select few are sought to be legitimised for an indefinite future, and where there is growing complexity and frequency in the use of force for political purposes.

1.4.

India's security is an integral component of its development process. India continuously aims at promoting an ever-expanding area of peace and stability around it so that developmental priorities can be pursued without disruption.

1.5.

However, the very existence of offensive doctrine pertaining to the first use of nuclear weapons and the insistence of some nuclear weapons states on the legitimacy of their use even against non-nuclear weapon countries constitute a threat to peace, stability and sovereignty of states.

1.6.

This document outlines the broad principles for the development, deployment and employment of India's nuclear forces. Details of policy and strategy concerning force structures, deployment and employment of nuclear forces will flow from this framework and will be laid down separately and kept under constant review.

2. Objectives

2.1.

In the absence of global nuclear disarmament India's strategic interests require effective, credible nuclear deterrence and adequate retaliatory capability should deterrence fail. This is consistent with the UN Charter, which sanctions the right of self-defence.

2.2.

The requirements of deterrence should be carefully weighed in the design of Indian nuclear forces and in the strategy to provide for a level of capability consistent with maximum credibility, survivability, effectiveness, safety and security.

2.3.

India shall pursue a doctrine of credibility minimum nuclear deterrence. In this policy of „retaliation only“, the survivability of our arsenal is critical. This is a dynamic concept related to the strategic environment, technological imperatives and the needs of national security. The actual size components, deployment and employment of nuclear forces will be decided in the light of these factors. India’s peacetime posture aims at convincing any potential aggressor that:

- a) any threat of use of nuclear weapons against India shall invoke measures to counter the threat; and
- b) any nuclear attack on India and its forces shall result in punitive retaliation with nuclear weapons to inflict damage unacceptable to the aggressor.

2.4.

The fundamental purpose of Indian nuclear weapons is to deter the use and threat of use of nuclear weapons by any State or entity against India and its forces. India will not be the first to initiate a nuclear strike, but will respond with punitive retaliation should deterrence fail.

2.5.

India will not resort to the use or threat of use of nuclear weapons against States which do not possess nuclear weapons, or are not aligned with nuclear weapon powers.

2.6.

Deterrence requires that India maintain:

- a) Sufficient, survivable and operationally prepared nuclear forces,
- b) a robust command and control system,
- c) effective intelligence and early warning capabilities, and
- d) comprehensive planning and training for operations in line with the strategy, and
- e) the will to employ nuclear forces and weapons.

2.7.

Highly effective conventional military capabilities shall be maintained to raise the threshold of outbreak both of conventional military conflict as well as that of threat or use of nuclear weapons.

3. Nuclear Forces**3.1.**

India's nuclear forces will be effective, enduring, diverse, flexible, and responsive to the requirements in accordance with the concept of credible minimum deterrence. These forces will be based on a triad of aircraft, mobile land-based missiles and sea-based assets in keeping with the objectives outlined above. Survivability of the forces will be enhanced by a combination of multiple redundant systems, mobility, dispersion and deception.

3.2.

The doctrine envisages assured capability to shift from peacetime deployment to fully employable forces in the shortest possible time, and the ability to retaliate effectively even in a case of significant degradation by hostile strikes.

4. Credibility and Survivability

The following principles are central to India's nuclear deterrent:

4.1.

Credibility: Any adversary must know that India can and will retaliate with sufficient nuclear weapons to inflict destruction and punishment that the aggressor will find unacceptable if nuclear weapons are used against India and its forces.

4.2.

Effectiveness: The efficacy of India's nuclear deterrent be maximised through synergy among all elements involving reliability, timeliness, accuracy and weight of the attack.

4.3.

Survivability:

- i. India's nuclear forces and their command and control shall be organised for very high survivability against surprise attacks and for rapid punitive response. They shall be designed and deployed to ensure survival against a first strike and to endure repetitive attrition attempts with adequate retaliatory capabilities for a punishing strike which would be unacceptable to the aggressor.
- ii. Procedures for the continuity of nuclear command and control shall ensure a continuing capability to effectively employ nuclear weapons.

5. Command and Control

5.1.

Nuclear weapons shall be tightly controlled and released for use at the highest political level. The authority to release nuclear weapons for use resides in the person of the Prime Minister of India, or the designated successor(s).

5.2.

An effective and survivable command and control system with requisite flexibility and responsiveness shall be in place. An integrated operational plan, or a series of sequential plans, predicated on strategic objectives and a targeting policy shall form part of the system.

5.3.

For effective employment the unity of command and control of nuclear forces including dual capable delivery systems shall be ensured.

5.4.

The survivability of the nuclear arsenal and effective command, control, communications, computing, intelligence and information (C412) systems shall be assured.

5.5.

The Indian defence forces shall be in a position to, execute operations in an NBC environment with minimal degradation.

5.6.

Space based and other assets shall be created to provide early warning, communications, damage/detonation assessment.

6. Security and Safety

6.1.

Security: Extraordinary precautions shall be taken to ensure that nuclear weapons, their manufacture, transportation and storage are fully guarded against possible theft, loss, sabotage, damage or unauthorised access or use.

6.2.

Safety is an absolute requirement and tamper proof procedures and systems shall be instituted to ensure that unauthorised or inadvertent activation/use of nuclear weapons does not take place and risks of accident are avoided.

6.3.

Disaster control: India shall develop an appropriate disaster control system capable of handling the unique requirements of potential incidents involving nuclear weapons and materials.

7. Research and Development

7.1.

India should step up efforts in research and development to keep up with technological advances in this field.

7.2

While India is committed to maintain the deployment of a deterrent which is both minimum and credible, it will not accept any restraints on building its R & C capability.

8. Disarmament and Arms Control

8.1.

Global, verifiable and non-discriminatory nuclear disarmament is a national security objective. India shall continue its efforts to achieve the goal of a nuclear weapon-free world at an early date.

8.2.

Since no-first use of nuclear weapons is India's basic commitment, every effort shall be made to persuade other States possessing nuclear weapons to join an international treaty banning first use.

8.3.

Having provided unqualified negative security assurances, India shall work for internationally binding unconditional negative security assurances by nuclear weapon states to non-nuclear weapons states.

8.4.

Nuclear arms control measures shall be sought as part of national security policy to reduce potential threats and to protect our own capability and its effectiveness.

8.5.

In view of the very high destructive potential of nuclear weapons, appropriate nuclear risk reduction and confidence building measures shall be sought, negotiated and instituted.

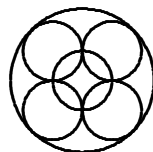
Werner Draguhn (Hrsg.)

Indien 2000

**Politik
Wirtschaft
Gesellschaft**

mit Beiträgen von:

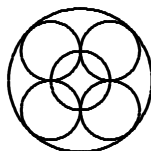
Joachim Betz
Elfriede Bierbrauer
Dirk Bronger
Julia Eckert
Sushila Gosalia
Michael von Hauff
Dagmar Hellmann-Rajanayagam
Clemens Jürgenmeyer
Heinrich Kreft
Citha D. Maaß
Sonja Majumder
Jamal Malik
Dirk Matter
Dietrich Reetz
Jakob Rösel
Hans Christoph Rieger
Dietmar Rothermund
Christian Wagner
Hans-Georg Wieck
Wolfgang-Peter Zingel



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung in L^AT_EX auf Linux: Dörthe Riedel, Wiebke Timpe
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-239-5
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2000



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturlatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 - Fax: (040) 42834 512).